

Veranstaltungsrückblick

„Gleichberechtigt und trotzdem diskriminiert? Realitäten der sozialen und Arbeitsmarktintegration von EU-Bürgern in Deutschland“

Vortrag und Diskussion mit Dr. Nora Ratzmann (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., Berlin) im Rahmen der EUmigra-Themenreihe „*Gleichgestellt – gleichbehandelt? Wege zu fairen Arbeits- und Lebensbedingungen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Sachsen-Anhalt*“ (17.03.21, 13.00-14.30 Uhr, digital)

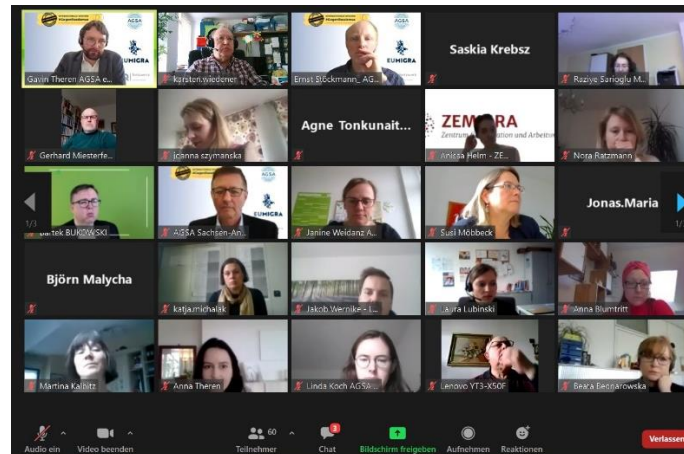


Unter wünschenswert breiter Beteiligung von über 60 Teilnehmern aus dem Spektrum von Politik und Trägern, Unterstützungsstrukturen und Vertretern migrantischer Communitys fand am 17. März die Auftaktveranstaltung des 2020 gestarteten AGSA-Projekts *EUmigra. Fach- und Service-stelle* EU-Migration Sachsen-Anhalt statt. Kooperationspartner war die Servicestelle IQ, Interkulturelle Beratungs und Trainings (AGSA).

Das Vortragsthema im Kontext der Internationalen Wochen gegen Rassismus zeichnete einen roten Faden für die vielfältigen Perspektiven zum Thema vor: Wie steht es um die verborgene wie offene strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung von EU-Angehörigen und ihren Familien, die als die seit 2014 am zweitstärksten gewachsene Zuwanderungsgruppe mit sehr hohem Beschäftigungsanteil wesentlich zum Bruttosozialprodukt Sachsen-Anhalts beitragen? Erreicht die insgesamt sehr heterogene Gruppe der Unionsbürger durch den EU-Rechtsrahmen (Stichwort Freizügigkeit) tatsächlich jene Partizipation und selbstbestimmte Integration, wie ihr durch die zugesicherte rechtliche Gleichstellung zusteht?

Die als Umfrage-Abstimmung unter den Teilnehmenden ermittelte Antwort lautete klar „nein“ – so jedenfalls hatten 97 Prozent auf die Frage geantwortet, „*ob Unionsbürger*innen in Sachsen-Anhalt von Diskriminierung betroffen*“ sind. Die Anhaltspunkte für diese Einschätzung hatte in einem reich-

haltigen Befragungsergebnis von Jobcentern die Referentin Dr. Ratzmann geliefert: Strukturelle Diskriminierung von EU-Angehörigen und ihren Familien spiegelt sich in behördlichen Strukturen als Hemmnis in der Arbeitsmarktintegration wie der Teilhabe an rechtlich zustehenden sozialen Leistungen wider.



Diese generelle Einschätzung verstärkten die Diskussionsteilnehmer. Etwa die Landesprojekte wie *BemA*, *ZEMIGRA* oder *Minor Projektkontor* als Bundesprojekt mit ihren detaillierten Einblicken in die reale Diskriminierungspraxis durch die vielfältigen Echos aus migrantischen Communitys: Zwar rechtlich gleichgestellt, erfahren Unionsbürger in Deutschland immer wieder, dass sie von vielen Angeboten und Leistungen ausgeschlossen sind und benachteiligt werden.

Für das Bundesland Sachsen-Anhalt, in dem die „Wahrnehmung von Unionsbürgern gering entwickelt“ ist (Susi Möbbeck, Landesintegrationsbeauftragte) und das „nicht als Ursprungsland der Migration bekannt ist“ (Krzysztof Blau, Geschäftsführer der AGSA e.V.), ergeben sich im Kontext eines steigenden Fachkräftebedarfs klar definierte Herausforderungen zwischen Arbeitsmarkt- und sozialer Integration von EU-Angehörigen. Soll die EU-Zuwanderung als Chance ergriffen werden für eine interkulturell geöffnete Gesellschaft, reichen Schulungen und Aufklärung nicht aus, wie Bartek Bukowski (Bund der Polen in Magdeburg e.V.) betonte. Vielmehr käme es darauf an, hinter den Fachkräften auch die Menschen mit ihren Familien zu sehen, das heißt das „Aufnahmeklima freundlicher zu gestalten“ und „die Standortattraktivität für EU-Angehörige“ strukturell zu verbessern (K. Blau).

Dass auf diesem Weg noch zahlreiche Herausforderungen zu meistern sind, dürfte jedem Teilnehmenden der Veranstaltung nachdrücklich bewusst geworden sein. Das Querschnittsthema der EU-Zuwanderung als Integrationsaufgabe konsequent umzusetzen würde bedeuten, das Gesamtbild der strukturellen Diskriminierung von Unionsbürgern durch eine aktive Willkommenskultur für diese Zuwanderungsgruppe auf allen Ebenen zu ergänzen.

Das EUmigra-Projekt der AGSA, so Projektleiter Ernst Stöckmann im Schlussresümee des ergebnisreichen Austauschs, steht allen Befürwortern dieses Leitgedankens als neutraler Akteur, Impulsgeber und Unterstützungsstruktur zur Seite. Die EUmigra-Themenreihe zur EU-Gleichbehandlung bietet sich als Instrument an, das begonnene Fachforum zum Gesamtbild verminderter Teilhabechancen von Unionsbürgerinnen und -bürgern zu vervollständigen und Handlungsoptionen auszuloten.